

FRANZ-STEFAN GADY
Die Rückkehr des Krieges

Stimmen zum Buch:

»Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt und Europa ist nicht vorbereitet – weder politisch, noch wirtschaftlich oder militärisch und erst recht nicht mental. Franz-Stefan Gady's fundiertes und lesenswertes Werk, angereichert durch persönliche Erfahrungen, dient nicht nur als nützliches Handbuch für politische Entscheidungsträger, sondern ermöglicht es auch der breiten Öffentlichkeit, ein tieferes Verständnis von Krieg und Kriegsführung zu erlangen.«

Dr. Bastian Giegerich, Generaldirektor, International Institute for Strategic Studies (IISS)

»Einer der führenden Militäranalysten in Europa. Eine fantastische Lektüre, die Geschichte, Theorie und Praxis der Kriegsführung kombiniert.«

Michael Kofman, Militärexperte, Carnegie Endowment for International Peace

»Der Krieg muss uns in Europa – leider – wieder beschäftigen. Wer dazu nur ein Buch lesen will, sollte unbedingt dieses zur Hand nehmen. Von Thukydides bis zum Terminator: Wie kein anderer erklärt, entzaubert und ordnet Franz-Stefan Gady alles Wichtige kenntnisreich ein. Sein in bewundernswert klarer und zugänglicher Sprache geschriebenes Werk ist nicht nur ein Lesegenuss. Es ist es auch Denkanstoß und in Teilen Anlass zur Sorge. Ein wichtiges Buch.«

Dr. Frank Sauer, Professor, Universität der Bundeswehr München

»Über die ›Rückkehr des Krieges‹ nachzudenken, ist für Deutschland nachvollziehbar schwieriger als für andere Länder. Nötig ist es dennoch, und hierzulande schmerzliche Einsichten kann Gady aus seiner amerikanisch-österreichischen Perspektive offen ansprechen.« – *Thomas Wiegold, einer der führenden sicherheitspolitischen Journalisten Deutschlands, Co-Host des Podcasts ›Sicherheitshalber‹*

Franz-Stefan Gady

DIE
RÜCKKEHR
DES KRIEGES

Warum wir wieder
lernen müssen,
mit Krieg umzugehen

QUADRIGA



Die Bastei Lübbe AG verfolgt eine nachhaltige Buchproduktion. Wir verwenden Papiere aus nachhaltiger Forstwirtschaft und verzichten darauf, Bücher einzeln in Folie zu verpacken. Wir stellen unsere Bücher in Deutschland und Europa (EU) her und arbeiten mit den Druckereien kontinuierlich an einer positiven Ökobilanz.



Originalausgabe

Copyright © 2024 by

Bastei Lübbe AG, Schanzenstraße 6 – 20,

51063 Köln, Deutschland

Bei Fragen zur Produktsicherheit wenden Sie sich bitte an:

Produktsicherheit@bastei-luebbe.de

Vervielfältigungen dieses Werkes für das Text- und Data-Mining bleiben vorbehalten.

Textredaktion: Ludger Ikas, Ulrike Strerath-Bolz

Umschlaggestaltung: Massimo Peter-Bille

Einband-/Umschlagmotiv: © Gorodenkoff/shutterstock

Satz: hanseatenSatz-bremen, Bremen

Gesetzt aus der Minion Pro

Druck und Verarbeitung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-86995-142-3

6 5

Sie finden uns im Internet unter quadruga-verlag.de

Bitte beachten Sie auch: lesejury.de

Inhalt

Erster Teil: Warum der Krieg wieder zurück ist	25
Kapitel 1: Fehleinschätzung als Kriegsgrund	25
• Individuelle Fehleinschätzungen	29
• <i>Hybris</i> als der Kriegsgrund	36
• <i>Hybris</i> schlägt Staatsräson	39
• Persönliches Ehrverständnis und Furcht	43
• Autokraten und Diktatoren als potentielle Gegner	48
Kapitel 2: Technologische Fehleinschätzungen	51
• Wunderwaffen und Technologiekult	53
• Kriegsführung und K.I.	54
• Gaza und der Technologiekult	61
• Die Gefahr der Komplexität	67
• Induktive versus abduktive Logik	75
• Die Gefahr der K.I. im Nuklearkrieg	76
• Die Gefahr der K.I. im Informationskrieg	80
Kapitel 3: Strukturelle Fehleinschätzungen	85
• Das Ende des sicherheitspolitischen Konsens in Washington	90
• Nachfolgekriege werden zunehmen	98
 Zweiter Teil: Was wir über Krieg wieder lernen müssen	 103
Kapitel 4: Die konstante Natur des Krieges	107
• Krieg ist Politik	107
• Krieg ist Gewalt	114
• Krieg ist ein Wettbewerb des Willens	127

• Krieg ist Dialektik	141
• Krieg ist Zufall	153
Kapitel 5: Der wechselnde Charakter der Kriegsführung	164
• Kriegsführung ist beeinflusst durch militärische und strategische Kultur	164
• Kriegsführung ist beeinflusst durch Doktrin	179
• Kriegsführung ist beeinflusst von Struktur und Design der Streitkräfte	191
• Kriegsführung ist beeinflusst durch Geographie	201
• Kriegsführung ist beeinflusst von den Domänen in denen gekämpft wird	212
• Kriegsführung ist beeinflusst durch Ressourcen	242
• Kriegsführung ist beeinflusst durch Technologie	260
Dritter Teil: Kriege der Zukunft	281
Kapitel 6: Was tun, wenn Kriege wahrscheinlicher werden?	281
• Planungen für einen Zweifrontenkrieg	285
• Die Rolle Deutschlands	290
Kapitel 7: Mit welchen Kriegen ist zu rechnen?	314
• Neue Kabinettskriege	314
• Ein NATO-Krieg gegen Russland (und China)	317
 Schluss	 340
 Dank	 348

*Für meine Eltern, Franz und Ingrid,
die mich immer unterstützt haben.*

*The Sinister Spirit sneered: ›It had to be!‹
And again the Spirit of Pity whispered, ›Why?‹*

*Aus »And There Was a Great Calm« von Thomas Hardy;
Gedicht zur Unterzeichnung des Waffenstillstands, 11. November 1918*

*Die Rückkehr des Verdrängten, des Unfassbaren, rüttelt uns wach.
Schauderhafte Realität [zer]stört
unsere [Traum]Welt, penetriert uns in unserer präpotenten
Bequemlichkeit. Wie gedankenlos
angenehm war das Verharmlosen und das einfach Ignorieren.*

Winfried Franz Ganster (2024)

Erster Teil

Warum der Krieg wieder zurück ist

Kapitel 1.

Fehleinschätzungen als Kriegsgrund

Kriege sind oft das Resultat von Fehleinschätzungen der politischen und militärischen Führung. Die Geschichte kennt unzählige Beispiele dafür, dass die Kampfkraft der eigenen Armee überschätzt und/oder der Widerstandswille des Gegners unterschätzt wurde: von den antiken Persern, die 490 v. Chr. bei Marathon von den Athenern geschlagen wurden, bis hin zu dem russischen Präsidenten Wladimir Putin mit seinem im Februar 2022 losgetretenen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Ein Hauptgrund für diese und viele weitere Fehleinschätzungen ist schlicht die enorme Komplexität von Krieg. Sie macht es – zumal in Friedenszeiten – schwer bis unmöglich, verlässlich vorherzusagen, wie lange eine militärische Auseinandersetzung dauern, auf welche Weise und mit welcher Intensität sie geführt und wie sie am Ende ausgehen wird. Der britische Militärhistoriker Michael Howard sprach deshalb einmal von einem »Nebel des Friedens«, der eine klare Sicht auf Krieg verhindere und Prognosen über zukünftige Kriegsführung erschwere.²

Im Grunde kann man sagen: Es lässt sich im Frieden nahezu unmöglich sagen, wie sich eine Armee oder ein Staat als Ganzes im Falle eines Krieges wirklich verhalten würde. Es ist, als würde man über die relativen Stärken und Schwächen einer Fußball-

mannschaft urteilen, die man über Jahre oder gar Jahrzehnte immer nur im Trainingscamp beobachten konnte und nie in einem echten Spiel gegen ein anderes Team. Analog dazu kann nur der reale Kampf irgendwelche konkreten Rückschlüsse auf die Qualität der eigenen Truppe liefern. Eine allzu lange Pause zwischen solchen realen »Auseinandersetzungen« wirkt sich insofern natürlich negativ auf die Einsatzbereitschaft der Truppe aus. Genau das dürfte einer meiner militärischen Ausbilder in Österreich, der unter dem Spitznamen »Ranger Gustl« in der gesamten Armee bekannt war, gemeint haben, als er nach einer Nahkampfausbildung trocken kommentierte: »Fünzig Jahre Frieden machen eine jede Armee kaputt!«

Militärische und politische Entscheidungsträger versuchen zwar regelmäßig, sich auf der Basis von Militärübungen und jeder Menge Datenanalysen ein Bild zu machen. Doch jeder Fußballkenner weiß: Ein Trainingsspiel bleibt immer nur ein Trainingsspiel. Wenn es wirklich einmal darauf ankommt, sind viele Prognosen und Annahmen Makulatur, denn die Realität erweist sich stets als komplexer und dynamischer. Und das Gleiche gilt in der Kriegsführung. Keine Militärübung kommt annähernd an die Realität eines militärischen Ernstfalls heran. Oft stellt sich auch erst nach Ausbruch eines Krieges heraus, wie die Bevölkerungen und Armeen des eigenen Landes und des Gegners, aber auch wie etwaige Verbündete und andere Länder auf diese Extremsituation reagieren. Weder der Widerstandswille eines Gegners noch die Motivation der eigenen Truppe lassen sich vorab messen. Ebenso wenig lässt sich vorhersagen, wie Menschen reagieren, wenn sie plötzlich im Kugelhagel oder unter Artilleriebeschuss stehen. Nicht selten bricht dann Panik aus. So erzählten mir mehrere ukrainische Soldaten, viele ausländische Freiwillige hätten im März 2022 gleich bei der ersten Explosion russischer Artillerie Reißaus genommen. Als jemand, der 2023 das Pech hatte, einen russischen Artillerieangriff mit

schwerer 152mm-Munition mitzuerleben, kann ich das nur zu gut verstehen.

Als Faustregel gilt letztlich: Wie gut die eigene Truppe für den Krieg trainiert ist und ob sie über die richtige Ausrüstung verfügt, um ihre Ziele zu erreichen, zeigt sich immer erst nach dem ersten Schuss. Fast schlimmer noch als diese allgemeine Ungewissheit über die eigene Truppe in Friedenszeiten ist häufig allerdings die Unfähigkeit, sich in den Gegner hineinzusetzen, um dessen Handeln zu verstehen. Dabei heißt es schon bei dem chinesischen Militärstrategen und Philosophen Sunzi (ca. 544 bis ca. 496 v. Chr.): »Wenn du dich und den Feind kennst, brauchst du den Ausgang von hundert Schlachten nicht zu fürchten.« Umgekehrt bedeutet das aber auch: Wenn du weder dich selbst noch den Gegner gut kennst, erhöht sich das Risiko von Fehlkalkulationen.

Leider begünstigt gerade die heutige Zeit politische und militärische Fehleinschätzungen, was Kriege und Kriegsführung betrifft. Das hat mehrere Gründe. Erstens ist unter politischen und militärischen Entscheidungsträgern ein gewisses Grundverständnis dafür abhandengekommen, warum es überhaupt zu Kriegen kommt. Zweitens wecken immer komplexere Technologien die Illusion, Kriege ließen sich schnell, mit geradezu »chirurgischer« Präzision und damit weitgehend unblutig führen und gewinnen. Diese Illusion verleitet wiederum dazu, militärische Abenteuer einzugehen. Drittens befinden wir uns strukturell in einem allmählichen Wandel der globalen Ordnung – von einem System, das von der Ordnungsmacht USA dominiert ist, hin zu einem System, in dem die amerikanische Militärmacht nicht mehr die gleiche abschreckende Wirkung wie früher besitzt, da in den USA selbst kein innenpolitischer Konsens mehr über die eigene globale Rolle besteht. Damit dürfte auch die Gefahr von militärischen Fehleinschätzungen aufseiten der Rivalen der USA wachsen – mit potenziell fatalen Konsequenzen.

Die Summe all dieser Faktoren erhöht nicht nur das Risiko, dass neue Kriege tatsächlich ausbrechen werden, sondern auch das Risiko, dass sowohl die Streitkräfte als auch die Gesellschaften der westlichen Staaten insgesamt die Art und Weise, wie Kriege künftig geführt werden, falsch einschätzen.

Kurz ein Wort zur Struktur der folgenden Kapitel im Teil 1. Ich liste auf den folgenden Seiten auf drei unterschiedlichen Ebenen Faktoren auf, die politische und militärische Fehleinschätzungen in Bezug auf Kriege und Kriegsführung wahrscheinlicher machen. Diese Fehleinschätzungen wiederum erhöhen das Risiko auf künftige militärische Konflikte.

Die wichtigste Ebene hierbei ist die individuelle Ebene, denn letztendlich wird die Entscheidung zum Krieg von Individuen, politischen Entscheidungsträgern, bewusst getroffen. Die Hauptgründe, warum sich Individuen zum Krieg entschließen und warum Kriege falsch eingeschätzt werden, wird in Kapitel 1 diskutiert. Die technologische Ebene, die in Kapitel 2 behandelt wird, will vor allem zeigen, welchen Einfluss Technologie auf Entscheidungen von politischen Entscheidungsträgern hat. Wir klammern uns im »Westen« gern an eine Art technologischen Lösungsglauben, der uns dazu verleitet, zu glauben, wir könnten Kriege, die wir anfangen, mithilfe neuer Technologien schneller und unblutiger beenden, während Technologie andererseits die Gefahr verringert, von Krieg überrascht zu werden. Beide Annahmen erweisen sich als große Irrtümer.

Im dritten Kapitel führe ich dann die Diskussion auf globaler Ebene weiter. Das globale System, gern auch wertebasierte Weltordnung genannt, wird nach wie vor von den USA, der führenden Militärmacht und gleichzeitig Europas Schutzmacht, dominiert. Wegen dieser Vormachtstellung haben Entscheidungen über Krieg und Frieden in den USA die größten systemischen Konsequenzen für den Rest der Welt. Die Sicherheitspolitik

Washingtons wird für Partner wie Gegner zunehmend schwer einschätzbar, was auf allen Seiten die Gefahr gravierender militärischer Fehleinschätzungen erhöhen dürfte. Daher versucht dieses Kapitel vor allem, ein besseres Verständnis für die amerikanische Sicherheitspolitik zu vermitteln.

Individuelle Fehleinschätzungen

»Jede Lösung ist besser als Krieg«, erklärte mein leider schon verstorbener Vater, Franz Gady, immer dann, wenn das Thema Krieg, meistens von mir losgetreten, in der Familie diskutiert wurde. Geboren 1937 in Bachsdorf im Süden Österreichs gehörte er der Generation an, die im Zweiten Weltkrieg aufwuchs. Was er in jenen Kindheitsjahren erlebt hatte, prägte ihn sehr und machte ihn zu einem überzeugten Pazifisten. Als ich noch ein Kind war, erzählte er mir immer wieder von »Christbäumen«, die er damals am Himmel gesehen habe, woraufhin ich wissen wollte, ob denn auch das Christkind in den Wolken geflogen sei. Erst später habe ich verstanden, dass er von deutschen Leuchtgranaten sprach, die zum Einsatz gekommen waren, um alliierte Bomber auch in der Nacht sighten und abschießen zu können. Außerdem berichtete er davon, dass er häufig auf einem rotierenden Fliegerabwehrgeschütz der Luftwaffe, das im Garten hinter dem Haus stand, Karussell hatte fahren dürfen. Auch das hörte sich für mich als Kind ganz toll an.

Schlimm waren für ihn andere Erinnerungen, etwa die an die Kolonnen deutscher Kriegsgefangener, die von Jugoslawen mit Peitschenhieben und Schlägen am elterlichen Haus vorbei Richtung Süden getrieben wurden. Oder an die Plünderungen im Dorf und an den Moment, als plötzlich ein sowjetischer Soldat in der Stube stand und meine Großmutter nur deshalb einer

Vergewaltigung entkam, weil mein Vater und sein jüngerer Bruder sich so fest an sie klammerten, dass der Soldat schließlich »nur« in die Decke schoss und unverrichteter Dinge wieder abrückte.

Obwohl ich diese und andere bedrückende Schilderungen sehr wohl kannte, zitierte ich als siebzehnjähriger Teenager gegenüber meinem Vater einmal Winston Churchill, der 1941 gesagt hatte, dass Sklaverei und Entehrung schlimmer seien als Krieg. Dementsprechend, so meine Schlussfolgerung, könne Krieg zumindest unter gewissen Umständen eine Lösung sein. Mein Vater antwortete darauf nur lapidar, ich solle mich doch einmal mit meinen beiden »Onkel Hans« darüber unterhalten, die hätten mit Krieg mehr Erfahrung als er.

Sowohl Hans Stoisser als auch Hans Url – der eine mit uns verwandt, der andere nicht – hatten im Zweiten Weltkrieg in der Luftwaffe gedient. Hans Url war als Jagdflieger einer ME-109 im Kampfeinsatz gewesen, Hans Stoisser wiederum war in der Schlacht um Berlin im April 1945 als einfacher Soldat zum Einsatz gekommen. Der eine war schließlich in französischer Kriegsgefangenschaft gelandet, der andere in sowjetischer.

Beide hielten mein Churchill-Zitat unabhängig voneinander für veritablen Unsinn. Wie mein Vater waren auch sie der Überzeugung, dass der Krieg das Schlimmste aller Übel sei. Hans Url drückte mir außerdem ein Buch mit historischen Vignetten aus dem französischen Russlandfeldzug von 1812 in die Hand, mit dem Kommentar: »Da kannst du lesen, wie eine halbe Million Männer für die Ehre eines Mannes erschlagen wurden oder erfroren. Wer Krieg für die Ehre führt, ist ein Trottel.«

Doch vor allem in einem Punkt waren sich die drei einig: Heutzutage ergibt es einfach wirtschaftlich keinen Sinn mehr, Krieg zu führen. Damit reihten sie sich unbewusst in eine lange Denktradition ein, die glaubt, dass Krieg ohne wirtschaftliches Kalkül unwahrscheinlicher wird. So veröffentlichte der britische

Journalist – und Träger des Friedensnobelpreises von 1933 – Norman Angell, schon 1909 und damit fünf Jahre vor Beginn des Ersten Weltkrieges, sein Buch *The Great Illusion*, in dem er argumentiert, die wirtschaftlichen Schäden eines europäischen Krieges wären so groß, dass sie einen solchen für rationale Menschen faktisch unmöglich machten.³

Nun, historisch betrachtet war das freilich mal anders. Das frühe Wirtschaftssystem der römischen Republik profitierte enorm von den Plünderungen durch das eigene Heer wie auch von den Tributzahlungen, die besiegte Gegner in Form von Naturalien oder Soldaten zu leisten hatten. Obwohl sich die Situation in den späten Jahren der Republik und des Kaiserreichs in den Jahrzehnten vor Christi Geburt mit der Etablierung von Provinzen und einem gemeinsamen Wirtschaftsraum rund um das Mittelmeer ändern sollte, war das Verhältnis Roms zum Rest des Reiches weiterhin stets von einem ausbeuterischen Charakter geprägt.

Und das Römische Reich sollte in dieser Hinsicht kein historischer Einzelfall bleiben. Plünderungen, Versklavungen und Tributzahlungen bildeten jenseits des regulären Handels mit seinen Zoll- und Steuereinnahmen die drei Säulen, auf denen in den folgenden Jahrhunderten kleinere Stadtstaaten, aber auch Großreiche bis zum Ende des 18. Jahrhunderts ihre Wirtschaftspolitik aufbauten. Wie ein Wirtschaftsredakteur der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* kurz nach Ausbruch des Ukrainekrieges 2022 schrieb: »Der Wunsch nach Reichtum und Wohlstand ist als Auslöser von Kriegen in der Geschichte der Menschheit eher der Normalfall als die Ausnahme.«⁴

Es überrascht daher nicht, dass in der Zeit des Merkantilismus, also vom 17. Jahrhundert bis etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts, Staaten durchschnittlich zwei Drittel ihrer Einnahmen für das Militär ausgaben.⁵ Krieg war ein Geschäft, und eine starke Armee beziehungsweise eine schlagkräftige Flotte garan-

tierte eine gute Kapitalrente. Die britische East Indian Company, eine Kaufmannsgesellschaft, eroberte mithilfe ihrer Privatararmee in dieser Zeit große Teile Indiens, um sie wirtschaftlich auszubeuten, und wurde so zum wohl mächtigsten Unternehmen der Geschichte. Das Urdu- und Hindi-Wort für Plünderung, »loot«, ging im Zusammenhang mit den Aktivitäten der »ehrenwerten Firma« in den englischen Wortschatz ein. Im Jahr 1803, auf dem Höhepunkt seiner Macht, unterhielt die *honorable company* eine Privatararmee von 260 000 Mann, die fast zweimal so groß wie die reguläre britische Armee.⁶

Die heutige Politikwissenschaft sieht im Streben nach wirtschaftlicher Stärke allerdings nicht zwangsläufig einen Kriegsgrund oder einen besonderen Drang zum militärischen Raubkapitalismus, wie sie überhaupt skeptisch ist gegenüber monokausalen Erklärungen für militärische Gewalt zwischen Staaten.

Es war auch schon in der Vergangenheit keineswegs immer klug, Kriege aus wirtschaftlichen Gründen zu führen. »Jeder Krieg ist eine Form erhöhten und letztlich unproduktiven Ressourcenverbrauchs«, schreibt etwa der deutsche Historiker Herfried Münkler in seinem Buch über den Dreißigjährigen Krieg.⁷ Dieser religiös und machtpolitisch motivierte Konflikt galt Münkler zufolge bis zu den beiden Weltkriegen als das größte deutsche Trauma, sogar Mitteleuropas. Nicht nur forderte er Millionen von Menschenleben, er verwüstete auch weite Teile des deutschsprachigen Wirtschaftsraums. Wer die Schrecken dieses Krieges besser verstehen will, der lese den Schelmenroman *Simplicius Simplicissimus* von Hans Jakob Christoffel von Grimmelshausen aus den 1660er-Jahren.

Heute, im 21. Jahrhundert, erscheint es erst recht absurd, Kriege für irgendwelche wirtschaftlichen Vorteile zu führen. Beispielsweise hätte ein Krieg zwischen der Volksrepublik China und den USA um die Inselrepublik Taiwan dramatische

Folgen für die Weltwirtschaft. China selbst würde im Falle einer Blockade Taiwans fast 9 Prozent und bei einem erweiterten militärischen Konflikt an die 17 Prozent seiner Wirtschaftsleistung einbüßen. Laut einer Studie würde die Weltwirtschaft um bis zu 10 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts schrumpfen. Zehn Billionen US-Dollar würden sich in Luft auflösen,⁸ globale Lieferketten würden zusammenbrechen. Besonders gefährdet wäre die Produktion von Halbleitern, jenen Hauptbestandteilen von Mikrochips, die in unzähligen elektronischen Produkten von iPhones bis zu Flugzeugen zu finden sind. Taiwan ist nämlich der mit Abstand wichtigste Lieferant dieses so wertvollen Produkts. Nahezu jeder zweite Halbleiter weltweit wird hier produziert, bei den modernsten Halbleitern liegt der Anteil je nach Schätzungen sogar bei 80 bis 90 Prozent.⁹ Im Falle eines Krieges um die Insel würde die globale Wirtschaft also zumindest für eine gewisse Zeit stark in Mitleidenschaft gezogen.

Auch Wladimir Putins Angriffskrieg in der Ukraine ist aus wirtschaftlicher Perspektive sinnlos. Abgesehen von der steigenden Inflation, die jeder Krieg mit sich bringt, und dem wachsenden Druck auf die russische Rohstoffindustrie, wird Russland in den kommenden Jahren vor allem mit einer schrumpfenden erwerbstätigen Bevölkerung zu kämpfen haben. Allein 500 000 Russen und Russinnen sind kurz nach dem Beginn des Krieges im Februar 2022 ins Ausland geflüchtet.¹⁰ Ende 2023 waren es bereits über eine Million, die ihrer Heimat den Rücken gekehrt haben. Hunderttausende Russen sind zudem inzwischen auf den Schlachtfeldern in der Ukraine getötet oder verwundet worden. Dazu kommt, dass in Russland schon vor dem Krieg ein akuter Arbeitskräftemangel herrschte. Bedenkt man, dass in der globalen Wirtschaft des 21. Jahrhunderts Humankapital als eine der wichtigsten Komponenten für nachhaltiges Wirtschaftswachstum gilt, so zerstört Russland mit dem Krieg in der Ukraine eine zentrale Grundlage seiner zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit.

Vor dem Krieg hatte es häufig geheißt, ein Angriff auf die Ukraine ergebe aus russischer Sicht ökonomisch keinen Sinn, weshalb sich Putin letztlich zurückhalten werde. Vor allem wurde immer wieder auf Moskaus wirtschaftliche Abhängigkeit von Rohstoffexporten in den Westen verwiesen. Erdgas, Erdöl, und Kohle machten über 70 Prozent der Gesamtexporte Russlands aus; davon gingen vor dem Krieg drei Viertel der Erdgas- und 40 bis 45 Prozent der Erdölexporten nach Europa.¹¹ Viele österreichische und deutsche Wirtschaftstreibende, mit denen ich im Januar 2022 gesprochen habe, wähten sich deshalb in Sicherheit.

Trotz allem verweisen politische Analysten, Entscheidungsträger und Kommentatoren in ihrem Bemühen, der Sorge vor einem möglicherweise drohenden Krieg zu begegnen, nach wie vor immer wieder auf wirtschaftliche Abhängigkeiten und auf absehbare ökonomische Nachteile eines militärischen Konflikts. Dieser Ansatz mag zwar einseitig sein, ist aber durchaus verständlich. Angesichts des Aufstiegs Europas zur Wirtschaftsgroßmacht und der prosperierenden Europäischen Union – deren Vorgänger, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, oft auch Montanunion genannt, 1951 mit dem Ziel gegründet wurde, durch die gemeinsame Kontrolle kriegswichtiger Güter den innereuropäischen Frieden zu fördern –, schien es keinen Grund mehr zu geben, sich mit dem Thema Krieg auseinanderzusetzen. Mantrahafte Beschwörungen von »Niemals wieder« standen oft am Anfang und am Ende der politischen und gesellschaftlichen Diskussionen über Krieg und Kriegsführung. Im Grunde waren diese Diskussionen von vornherein verpönt, und das nicht nur, weil man sie als nicht relevant empfand, sondern weil man insgeheim glaubte, allein schon das Reden über Krieg würde das Risiko erhöhen, dass es tatsächlich zu einem bewaffneten Konflikt käme. Die Folge war de facto eine kollektive Amnesie unter politischen Entscheidungsträgern auf dem Kontinent: Niemand wusste mehr zu sagen, warum Kriege überhaupt stattfinden.

Vor allem die Bundesrepublik Deutschland setzte seit den 1960er-Jahren mit ihrer Strategie von »Wandel durch Annäherung« beziehungsweise »Wandel durch Handel« stark auf ein ökonomisch motiviertes Sicherheitskonzept im Verhältnis zu den Ostblockstaaten. Die dahinter stehende Idee besagte, dass potenzielle Gegner wie die Sowjetunion im Kalten Krieg oder China durch die wirtschaftliche Öffnung auch politisch und gesellschaftlich aufgeschlossener werden und sich früher oder später womöglich sogar der Demokratie zuwenden. Der Export zunächst von Waren und dann von westlichen Werten sollte Frieden bringen.¹² Nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine stellte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock nüchtern fest, die Idee vom »Wandel durch Handel« sei »falsch« und eine »Illusion« gewesen.¹³

Diese so lang gehegte Illusion sollte sich als schweres Handicap für Europas politische Klasse im Umgang mit Wladimir Putin und dem Kreml erweisen. Der Schock saß jedenfalls tief, als am Morgen des 24. Februar die ersten russischen Panzer in die Ukraine rollten und der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz nur wenige Tage später eine »Zeitenwende« – den Beginn einer neuen Ära auf dem europäischen Kontinent – konstatierte.¹⁴

Scholz und andere politische Entscheidungsträger in Europa hätten vielleicht weniger geschockt gewirkt, wäre die Überraschung darüber, dass Russland einen Angriffskrieg startete, der ihrer Ansicht nach nicht im nationalen Interesse Moskaus sein konnte, nicht so groß gewesen. Mit anderen Worten: Sie hatten die Lage schlicht falsch eingeschätzt. »Eine militärische Aggression gegen die Ukraine würde schwerwiegende politische wie auch wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen«, hatte Scholz beispielsweise im Januar 2022 erklärt.¹⁵ Vor allem die wirtschaftlichen Konsequenzen – der Westen drohte schließlich mit strengen Sanktionen – sollten Russland von einem Angriff abschrecken.

Ähnliche Äußerungen waren immer wieder aus – nicht nur deutschen – Regierungskreisen zu hören. Dass Sanktionen oft mehr Brandbeschleuniger als Brandlöscher sind, schien man vergessen zu haben. So hatten die harten amerikanischen Wirtschaftssanktionen gegen das japanische Kaiserreich 1941 wesentlich dazu beigetragen, dass sich die japanische Regierung noch im selben Jahr zum Krieg gegen die USA entschloss.

Scholz und seine Berater, aber auch andere politische Entscheidungsträger in den europäischen Hauptstädten, lagen freilich nicht ganz falsch mit ihrer Annahme, dass ein Krieg nicht im wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Interesse Russlands läge. Aus einer reinen interessenspolitischen Perspektive gibt es für Russland in der Tat nur wenige Gründe, die dafür sprechen, die Ukraine zu überfallen. Dieser Fokus auf Interessenpolitik, gestützt von einer wirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Analyse, ließ jedoch andere Beweggründe des Kremls fatalerweise völlig außer Acht.

Hybris als der Kriegsgrund

Welche anderen Beweggründe dazu führen können, einen Krieg zu beginnen, hat meines Erachtens niemand besser herausgearbeitet als der antike griechische Stratege und Geschichtsschreiber Thukydides in seinem Werk *Der Peloponnesische Krieg*. Das Buch wurde und wird immer wieder als eine Art Anleitung zur nüchternen Machtpolitik zitiert. Thukydides zufolge zogen die zwei rivalisierenden Großmächte Sparta, eine Landmacht, und Athen, eine Seemacht, im Wesentlichen aus drei Motiven gegeneinander in den Krieg, der von 431 bis 404 v. Chr. dauerte: Furcht, Ehre und Interessen.

So kann »Furcht« vor einem möglichen gegnerischen An-

griff einen Staat dazu bewegen, dem Gegner zuvorzukommen und ihn zuerst anzugreifen. Mit dem Begriff »Ehre« verbindet Thukydides vor allem die persönlichen Ambitionen einzelner Staatsmänner und Heerführer, die Krieg auslösen können. Mit »Interessen« ist schließlich ein über die Ziele einzelner Protagonisten hinausgehender gesamtstaatlicher Nutzen einer politischen Handlung gemeint.

Obwohl Thukydides diese drei Punkte als die Hauptbeweggründe für Krieg an sich versteht, wird in der Regel vor allem jene Passage aus seinem Werk zitiert, in der er den »letzten wahren Grund« für den Ausbruch des Konflikts »im Machtzuwachs der Athener« sieht, »der den Lakedamoniern [Spartanern, FSG] Furcht einflößte und sie zum Krieg zwang«.¹⁶ Der bekannte amerikanische Politikwissenschaftler Graham T. Allison hat primär auf Basis dieses Satzes das Konzept der »Thukydides-Falle« entwickelt. Demnach steigt die Wahrscheinlichkeit eines Krieges, wenn ein aufstrebendes Land, wie zum Beispiel China, eine etablierte Großmacht, etwa die USA, als führende Macht in einer Region oder gar in der gesamten Welt verdrängen will.¹⁷ Tatsächlich sind einige Politiker und Militärs in den USA und in China – teilweise unter dem Einfluss dieser These – fest davon überzeugt, dass ein militärischer Konflikt zwischen den beiden Großmächten unausweichlich ist. Allison's Interpretation hat aber auch viel Kritik hervorgerufen und bedauerlicherweise dazu beigetragen, dass manche Kommentatoren und Politikwissenschaftler Thukydides als einen für das 21. Jahrhundert irrelevanten Geschichtsschreiber betrachten.¹⁸

Die Reihenfolge der von Thukydides genannten Kriegsmotive ist jedoch kein Zufall. Im Text ist zunächst von Furcht und Ehre die Rede, erst danach von Interessen. Der Grund dafür ist meines Erachtens, dass für Thukydides die beiden ersten Motive enger miteinander verbunden sind als Furcht und Interessen. Furcht resultiert aus einer persönlich empfundenen Bedro-

hung; Ehre definiert sich durch einen persönlich empfundenen Anspruch auf Achtung. Interessen hingegen lassen sich nicht fühlen oder empfinden, sondern nur kalkulieren. Thukydides will also unterstreichen, dass Persönlichkeiten – und nicht der Staat an sich – Entscheidungen über Krieg und Frieden fällen und dass diese Entscheidungen in der Regel auf persönlichen Emotionen basieren und eben nicht auf einem kühl kalkulierten gesamtstaatlichen Interesse.

Liest man den Text genauer, wird deutlich, dass Furcht für Thukydides am Ende nicht das wichtigste Motiv für einen Krieg war. Für ihn standen vielmehr Stolz und Hochmut einzelner politischer und militärischer Entscheidungsträger im Vordergrund, erst recht, wenn sie in *Hybris* ausarteten. Damit bezeichneten die antiken Griechen ursprünglich eine Arroganz gegenüber den Göttern. *Hybris* lässt sich in moderner Sprache als eine extreme Selbstüberschätzung beschreiben, die durch Arroganz und Hochmut (oder ein falsch verstandenes Ehrgefühl) gespeist wird und zu Fehlkalkulationen führt.¹⁹

Zusammengefasst lässt sich also festhalten: Auslöser für einen Krieg sind laut Thukydides in der Regel persönliche Motive, vielleicht getrieben von Furcht und einem Verlangen nach Anerkennung, aber nicht zwangsläufig beeinflusst von Staatsinteressen.

Und das ist auch die quintessentielle Aussage dieses Kapitels.

Dieser Exkurs in das antike Griechenland ist daher für das vorliegende Buch aus zwei Gründen von Belang. Zum einen soll er deutlich machen, dass der moderne Hang, gesamtstaatliche Interessen, seien sie wirtschaftlicher oder allgemeiner machtpolitischer Natur, als Hauptmotivation für Krieg zu betrachten, allzu kurzsichtig ist. Zum anderen unterstreicht Thukydides durch seine bewusste Reihung der Motive, dass die Ursachen von Krieg auch und gerade in von *Hybris* getriebenen Emotio-

nen zu suchen sind und dass diese sich wiederum oft, aber keineswegs immer mit wirtschaftlichen, politischen, und militärischen Interessen verbinden lassen. *Hybris*, gepaart mit Eros, war schon der Hauptgrund für den Trojanischen Krieg, den Homer in seinem Epos *Ilias* beschreibt. Kein anderes fiktives Werk der Antike hat griechische und römische Heerführer, Strategen und Staatsmänner stärker bei ihrem kriegerischen Tun inspiriert. Unter anderem soll Alexander der Große mit einer Kopie der *Ilias* unter seinem Kissen geschlafen haben. Und Homers Tiefblick, warum Kriege beginnen, ist bis heute aktuell. Denn *Hybris* gepaart mit Eros spielt auch heute noch eine zentrale Rolle, wenn Individuen sich dazu entschließen, Nationen abseits der Staatsräson in den Krieg zu treiben.

Hybris schlägt Staatsräson

Eine umfassendere, differenziertere Sicht auf die Gründe, aus denen Kriege stattfinden, vermag das Risiko von individuellen Fehleinschätzungen zu senken. Gesamtstaatliche Interessen oder Staatsräson spielen durchaus immer wieder eine Rolle, wenn es um die Entscheidung geht, einen Krieg zu beginnen. Ein klassisches Beispiel ist die ägyptische Strategie während des Jom-Kippur-Krieges vom Oktober 1973. Ihr Ziel war die Rückeroberung der Sinai-Halbinsel, die das Land im Sechstagekrieg von 1967 an Israel verloren hatte. Hierfür war man zu einer begrenzten militärischen Operation bereit, die über mehrere Monate von der militärischen und politischen Führung Ägyptens unter Präsident Anwar el-Sadat vorbereitet wurde. Die Wiedereingliederung der Sinai-Halbinsel lag eindeutig im Interesse Ägyptens und sollte Ende der 1970er-Jahre als unmittelbare Konsequenz des Krieges Wirklichkeit werden.

Man darf gesamtstaatliche Interessen jedoch nie isoliert von persönlichen Bestrebungen, Motiven, ja sogar Kränkungen politischer und militärischer Entscheidungsträger betrachten. So hatte zum Beispiel der preußische König Friedrich II. klare wirtschaftliche Beweggründe, als er im Dezember 1740 Schlesien überfiel, eine der reichsten Provinzen des Habsburgerreiches. Für ihn war die Provinz der Schlüssel, um Preußen zu einer Großmacht zu machen. Das Machtstreben Preußens war dabei hauptsächlich Friedrichs Ambition geschuldet, dem französischen Sonnenkönig Ludwig XIV. und seinen ruhmreichen Generälen nachzueifern, die Frankreich zur größten Kultur- und Militärmacht Europas gemacht hatten. Im Falle Friedrichs II. deckten sich im Grunde also persönliche Bestrebungen mit gesamtstaatlichen Interessen. Die Kriege, die er führte, schufen die Basis für den Aufstieg Preußens als führender Macht im deutschen Raum.

Der Sieg Friedrichs II. 1763 am Ende des Siebenjährigen Krieges legte gleichzeitig das Fundament für eine militarisierte Außenpolitik. Nach dem Untergang des alten Preußens, der durch die vernichtenden Niederlagen gegen Napoleon bei Jena und Auerstedt 1806 eingeleitet wurde, sollte sie im Zuge der sogenannten Einigungskriege – mit »Eisen und Blut« – zur Gründung des zweiten Deutschen Reiches 1871 führen. Auch in den erwähnten Einigungskriegen (Deutsch-Dänischer Krieg von 1864, Österreichisch-Preußischer Krieg von 1866 und Deutsch-Französischer Krieg von 1870/71) deckten sich die persönlichen Ambitionen von Otto von Bismarck, dem Hauptarchitekten der Reichsgründung, mit den gesamtstaatlichen Interessen Preußens.

Ebendiese Ambitionen des neuen deutschen Reichskanzlers sollten dann allerdings langfristig schwerwiegende Konsequenzen für die Hohenzollern-Monarchie haben. Bismarck und die Politik Preußens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhun-

derts verband nämlich vor allem ein tiefes Gefühl der Unsicherheit. Diese hatte wenig mit der relativen wirtschaftlichen und militärischen Stärke Preußens und später des Deutschen Kaiserreiches gegenüber Drittstaaten zu tun, sondern vielmehr mit dem Unterlegenheitsgefühl, das entsteht, wenn man als Emporkömmling betrachtet wird. Bismarck innerhalb der preußischen Gesellschaft und das Deutsche Reich im Kreis der Großmächte waren die Neureichen, die Protzer, denen die bessere Gesellschaft in Gestalt des alten preußischen Adels (Bismarcks Mutter stammte aus bürgerlichem Haus) beziehungsweise der etablierten Monarchien wie England, Russland und Österreich stets mit einer gewissen Herablassung begegneten. Entsprechend leicht reagierten beide gekränkt. Bismarck gelang es gleichwohl, dieses Unterlegenheitsgefühl in Realpolitik zu verwandeln (vor allem mit seiner Annäherung an Russland) mit der Absicht, einen größeren europäischen Krieg zu vermeiden. Ohne Bismarck, der im März 1890 sein Entlassungsgesuch einreichte, endete dieser Drahtseilakt, und übrig blieben in den Augen der Hohenzollern und der deutschen Führungselite nur die Kränkung, als Neureiche abgekanzelt zu werden, und der daraus resultierende Geltungsdrang gepaart mit maßloser Selbstüberschätzung. Mit der tragischen Figur des letzten deutschen Kaisers sollte diese Politik der *Hybris*, gepaart mit einer ordentlichen Portion Fatalismus, ihren traurigen Höhepunkt erreichen. Der Geltungsdrang und das übertriebene Gefühl verletzter Ehre waren zumindest zum Teil für den übermäßigen Militarismus der wilhelminischen Gesellschaft verantwortlich. Er sollte keine geringe Rolle für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 spielen, eines Krieges, der in keinster Weise im gesamtstaatlichen Interesse des Deutschen Kaiserreiches lag. Winston Churchill brachte diese Politik der *Hybris*, die deutschen Interessen eigentlich zuwiderlief, in seiner Beschreibung von Kaiser Wilhelm II. auf den Punkt: »Wenn man auf

dem Gipfel eines Vulkans steht, ist das Letzte, was man tun sollte, zu rauchen.«

Der vielleicht schlimmste Auswuchs von *Hybris* ist ihre Kombination mit Fatalismus, in der die Staatsräson so gut wie keinen Platz mehr hat und Krieg aus den irrationalsten Gründen vom Zaun gebrochen wird.

So lässt sich mit historischen Quellen relativ gut belegen, dass der Chef des Generalstabs von Österreich-Ungarn vor dem und im Ersten Weltkrieg, Conrad von Hötzendorf, unter anderem der Liebe einer Frau wegen den Krieg forderte, obwohl er der Ansicht war, dass die Habsburgermonarchie einen solchen Krieg am Ende wahrscheinlich verlieren würde.²⁰ Hötzendorf hatte sich unsterblich in die bereits verheiratete Gina von Reininghaus verliebt. 1908 fingen die beiden eine Affäre an, die für die Wiener Gesellschaft und das erzkatholische Kaiserhaus einen Skandal darstellte und unter anderem dazu führte, das Hötzendorf kurzzeitig als Generalstabschef abgesetzt wurde. Hötzendorf hegte nun die romantische Vorstellung, wonach er nach gewonnener Schlacht als siegreicher Feldherr zurückkehren und allen sozialen Konventionen der Zeit zum Trotz seine Geliebte heiraten würde. Er betrachtete also, zugespitzt formuliert, den Krieg als Schlüssel zu seinem Eheglück. Nach Millionen von Toten und Verwundeten und mehreren verlorenen Schlachten durfte er seine Gina im Oktober 1915 tatsächlich heiraten. In diesem Jahr beendete er auch sein »Tagebuch meiner Leiden«, das aus 3000 an Gina adressierten, aber nie abgeschickten Briefen bestand.

Die Idee vom Krieg als Erlösung fand im frühen 20. Jahrhundert durchaus breitere Zustimmung. So wird der Krieg im 1909 veröffentlichten Manifest des Futurismus, einer aus Italien stammenden avantgardistischen Kunstbewegung, als die »einzige Hygiene der Welt« bezeichnet. Der Weltkrieg wurde dann

auch von vielen europäischen Künstlern und Intellektuellen als eine Chance zur Regeneration einer dekadenten und morschen Gesellschaft gefeiert. In diesem Sinne erklärte etwa der deutsche Philosoph und Literatur-Nobelpreisträger von 1908, Rudolf Eucken: »Der Einzelne gewinnt im Krieg einen hohen Adel seiner Seele, die eine unsagbare Größe und Weihe verleiht.«²¹

Persönliches Ehrverständnis und Furcht

Jenseits aller Staatsräson trugen vor allem Ehre und Furcht auch zum Ausbruch des amerikanischen Bürgerkrieges (1861–1865) bei. Die Sklaverei und die Sorge vor den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen, die deren Abschaffung für den amerikanischen Süden bedeuten würde, waren mit Sicherheit die Hauptgründe für den blutigsten Krieg in der amerikanischen Geschichte. Der Schriftsteller Mark Twain machte jedoch einen weiteren Schuldigen für den Ausbruch des Konflikts aus: den schottischen Schriftsteller Sir Walter Scott und das übertriebene Ehrgefühl, mit dem dieser die Oberschicht der Südstaaten indoktriniert hatte. Scott schrieb eine Reihe von historischen Romanen, darunter den 1819 veröffentlichten Roman *Ivanhoe*, der eine romantisierte Version des Mittelalters und vor allem des Rittertums schilderte. Twain machte Scott für die *Hybris* der Südstaaten verantwortlich, denn dessen Werke legitimierten seiner Meinung nach die archaische und rassistische Ideologie der dortigen sklavenbesitzenden Oberschicht, der sogenannten Plantagenaristokratie, wie man sie aus *Vom Winde verweht* oder *Fackeln im Sturm* kennt. Hierzu schrieb er: »Es war Sir Walter, der vor dem Krieg jeden Herrn im Süden zum Major oder Oberst, zum General oder zum Richter machte (...). Sir Walter hatte einen so großen Anteil an der Gestaltung des Südstaa-

tencharakters, wie er vor dem Krieg existierte, dass er zu einem großen Teil für den Krieg verantwortlich ist.«²² Twain übertrieb in dieser Passage bewusst. Dennoch sollte Scotts Rolle bei der Erschaffung einer streng hierarchischen und rassistischen Gesellschaft, in der Mann und Frau obsessiv mit der eigenen Ehre beschäftigt waren und die gegen ihre eigenen Interessen in den Krieg zog, nicht unterschätzt werden.

Von Scotts Literatur beflügelt, die den ritterlichen Zweikampf pries, glaubten die jungen Kavaliere des Südens, dass jeder von ihnen es mit mehreren ehrlosen Yankees aus dem Norden würde aufnehmen können. Die materielle Überlegenheit des Nordens sollte so durch individuellen Mut ausgeglichen werden. Es gab jedoch genügend Stimmen, die warnten, dass der Süden, die Konföderation, den Krieg verlieren würde. So zum Beispiel die des Gründervaters und Gouverneurs von Texas, Sam Houston: »Wenn du gegen die Vereinigten Staaten in den Krieg ziehst, wirst du sie niemals besiegen, da sie über das Geld und die Männer verfügen. Wenn sie dich nicht mit Waffen, Pulver und Stahl auspeitschen, werden sie dich verhungern lassen.«

Der Krieg begann dennoch am 12. April 1861 mit dem Beschuss der Festung Sumter im Hafen von Charleston in South Carolina durch konföderierte Artillerie. Er endete mit der totalen militärischen Niederlage des Südens. Allein im Staat Mississippi, einem ehemaligen Bundesstaat der Konföderation, gab die dortige Regierung ein Jahr nach Ende des Krieges ein Fünftel ihres Budgets für Prothesen für die große Anzahl an Kriegsverehrten aus.

Furcht – und nicht wirtschaftliche Interessen – war hingegen die treibende Kraft, die das Kaiserreich Japan 1941 in einen sinnlosen Krieg gegen die USA, Großbritannien und andere westliche Mächte trieb. Vor allem die Furcht vor dem Verlust der japanischen Kolonialgebiete in China, einschließlich dem von Japan kontrollierten Marionettenstaat von Mandschukuo

in der Mandschurei, trieb die japanische hohe militärische Führung, zugleich getrieben von der *Hybris* einer vermeintlichen martialischen Überlegenheit des einzelnen japanischen Soldaten gegenüber seinen westlichen Gegnern, in einen Krieg, von dem sie wusste, dass sie ihn mit großer Wahrscheinlichkeit verlieren würde. So meinte der Chef der kombinierten Flotte der kaiserlich-japanischen Seestreitkräfte, Admiral Yamamoto Isoroku, vor Ausbruch des Krieges prophetisch: »In den ersten sechs bis zwölf Monaten eines Krieges mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien werde ich wild herumschlagen und einen Sieg nach dem anderen erringen. Aber wenn der Krieg danach weitergeht, erwarte ich keinen Erfolg.«²³ Yamamoto, der auch federführend in der Planung für den japanischen Überraschungsangriff auf den amerikanischen Flottenstützpunkt in Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 war, glaubte, dass die einzige Chance für Japan ein Verhandlungsfriede nach einer Reihe von vernichtenden amerikanischen und britischen Niederlagen wäre. Doch auch da zeigte er sich fatalistisch, zumal wenn er vor dem Krieg in einem Brief an einen japanischen Politiker schrieb: »Sollten einmal Feindseligkeiten zwischen Japan und den Vereinigten Staaten ausbrechen, reicht es nicht aus, dass wir Guam und die Philippinen einnehmen, noch nicht einmal Hawaii und San Francisco. Um den Sieg zu sichern, müssten wir in Washington einmarschieren und im Weißen Haus die Friedensbedingungen diktieren. Ich frage mich, ob unsere Politiker, die im Namen der Staatsräson leichtfertig Diskussionen über den Krieg führen, Vertrauen in das Endergebnis haben und bereit sind, die notwendigen Opfer zu bringen.«

Dennoch führte Yamamoto den Befehl zum Angriff auf die amerikanische Flotte wie auch weitere Operationen bis zu seinem Tod 1943 (sein Flugzeug wurde von amerikanischen Kampffliegern während einer Inspektionsreise im Südpazifik abgeschossen) mit Entschlossenheit aus.

Selbstverständlich veranlassten auch wirtschaftliche Interessen Japan, die USA anzugreifen. Die USA waren in China ein direkter wirtschaftlicher Wettbewerber. Wegen des brutalen Vorgehens Japans in China, vor allem wegen japanischer Kriegsverbrechen wie dem berüchtigten Massaker von Nanking 1937, wo 200 000 bis 300 000 Chinesen den Tod fanden, gab es Ende der 1930er-, Anfang der 1940er-Jahre breite Unterstützung in der amerikanischen Öffentlichkeit für ein härteres Vorgehen gegenüber Tokio. Die Folgen waren, neben direkter Militärhilfe an das national-chinesische Regime von Chiang Kai-shek, eine Reihe von Wirtschaftssanktionen, inklusive einem Stahl- und Ölembargo, die mittelfristig negative Auswirkungen auf die japanische Kriegsmaschinerie in China haben würde, wo Ende 1939 bereit 850 000 Soldaten des kaiserlichen Heeres kämpften.²⁴ Knapp zusammengefasst blieben Japan zwei Optionen: Entweder den Krieg in China zu beenden, dessen Ende ohne einen entscheidenden japanischen Sieg Japans Position in der Mandschurei bedrohen würde, mit negativen wirtschaftlichen Auswirkungen – vor allem was die Kohle und Stahlproduktion betraf. Oder mit einem Blitzkrieg gegen britische und niederländische Besitzungen in Südostasien wichtige Rohstoffe, vor allem Öl in Indonesien, zu sichern, um den Krieg in China weiterführen zu können und gleichzeitig die USA vor einer militärischen Intervention abzuschrecken.

Japans wirtschaftliche Interessen in Südostasien dienten in dieser Hinsicht rein militärischen Zielen, die wiederum im Widerspruch zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik standen. Hätten die japanische Wirtschaft und die Prosperität der japanischen Bevölkerung im Vordergrund gestanden, dann hätte man wohl energischer einen politischen Ausgleich mit den USA gesucht. Die politische und militärische Führung Japans fürchtete jedoch mehr den Statusverlust als Großmacht als die wirtschaftlichen Konsequenzen eines Krieges mit den USA. Und nach

dem Zusammenbruch Frankreichs 1940 sowie der Besetzung der Niederlande und der militärischen Schwächung Großbritanniens und der Sowjetunion schien aus japanischer Sicht im Winter 1941 der richtige Zeitpunkt gekommen zu sein, kriegsrisch gegen die USA vorzugehen.

Im Grunde hielt ein Großteil der politischen und militärischen Führung Japans spätestens seit Beginn der 1930er-Jahre einen Krieg gegen die USA für unausweichlich. Dass ein blitzartiges und energisches japanisches Vorgehen gegen europäische Kolonien in Südostasien die USA abschrecken würde, galt als aus militärischer Perspektive unwahrscheinlich und nicht umsetzbar. Denn um einen effektiven japanischen Verteidigungsperimeter gegen eine amerikanische Intervention zu errichten, musste Japan auch die Philippinen okkupieren, die zu diesem Zeitpunkt amerikanische Besitzungen waren. Japanische Strategen wie Yamamoto und Minoru Genda planten eine Ausweitung dieses Verteidigungsperimeters bis nach Hawaii und hatten Pläne für eine Invasion der Inselkette ausgearbeitet, die aber praktisch nicht umsetzbar waren beziehungsweise wegen heftiger Gegenwehr von anderen japanischen Offizieren nicht implementiert wurden. Die Geschichtsschreibung über den Angriff auf Pearl Harbor in dieser Hinsicht spricht oft von einem Angriff auf die dort stationierte US-Flotte, was faktisch auch richtig ist. Das Hauptziel der japanischen Kriegspläne war aber der Flottenstützpunkt an sich. Wie eine Analyse über den Hauptarchitekten des Angriffsplans auf Pearl Harbor, Minoru Genda, zusammenfasst: »Für Genda war Pearl Harbor das, was wir heute als operativen Schwerpunkt des Krieges im Pazifik bezeichnen würden. Im Allgemeinen formulierte er seine Gedanken so: Wer Pearl Harbor kontrolliert oder der anderen Seite verweigert, gewinnt den Krieg.«²⁵ In dieser Hinsicht bedeutet aus militärischer Perspektive jeder Angriff auf Südostasien einen Krieg mit den USA, der aber, wie die hohe militärische Führung des Kaisertums Japans wusste, mit großer

Wahrscheinlichkeit verloren gehen würde. Der Pazifikkrieg Japans (1941–1945) lag konträr zu jeder Staatsräson.

Krieg war und ist also immer eine Option, und er kann selbst dann ausbrechen, wenn er wirtschaftlich und politisch offenbar keinen Sinn ergibt. Man sollte daher persönliche oder ideologische Ambitionen oft angehaucht von einer gesunden Portion *Hybris*, gepaart mit individueller Paranoia und Furcht, als Kriegsgrund niemals unterschätzen. Natürlich haben diese von der persönlichen Ebene ausgehenden Kriegsgründe ihre weitreichendsten Konsequenzen in autokratischen Systemen, wo der Autokrat uneingeschränkt regieren kann und sich keiner Gewaltenteilung beugen muss.

Autokraten und Diktatoren als potenzielle Gegner

Da die potenziellen militärischen Gegner des sogenannten Westens fast ausschließlich semiautokratische, autokratische und diktatorische Systeme sind – man denke an Iran, China, Russland und Nordkorea –, erscheint es umso wichtiger, ein besseres Verständnis dafür zu entwickeln, welche individuellen Beweggründe die jeweiligen Herrschenden haben könnten, einen Krieg zu beginnen. Nur so lässt sich, wenn überhaupt, die Gefahr verringern, sie und ihr Vorgehen falsch einzuschätzen. So unterstreicht ein Analyst beispielsweise, dass die militärische Elite Russlands sehr persönliche wirtschaftliche Gründe hatte, den Krieg in der Ukraine zu forcieren: »Russische Generäle etwa haben ganz persönliche Gründe für die Okkupation der Ukraine. Sie kämpfen auch um ihr Vermögen und ihr Eigentum, denn die Ukraine war für sie und andere reiche Russen eine ideale Geldwaschanlage.«²⁶ Hätte man gleichzeitig ein besseres

Verständnis dafür entwickelt, dass Wladimir Putin Politik fast ausschließlich durch die hybrische Brille imperialer russischer Geschichte betrachtet, dann wäre der 24. Februar 2022 vielleicht nicht eine so große Überraschung für Teile der politischen Klasse Europas gewesen. Putins persönliche Ambition ist es nach wie vor, in der imperialistischen Tradition der Zaren das russische Territorium zu erweitern, um vor allem Pufferzonen zwischen dem in seinen Augen aggressiven Westen und dem russischen Kernland zu schaffen. Er will eine neue slawische Union erschaffen, die neben Russland selbst auch Belarus, die Ukraine und den nördlichen, stark slawisch geprägten Teil von Kasachstan einschließt.²⁷

Länder wie die Ukraine dienen in Putins Expansionswahn – er spricht der Ukraine ja fortwährend ihre Existenzberechtigung als unabhängiger Staat und Nation ab – letztlich als Plünderungsobjekte. Dazu kommt eine krude Form von Raubtierkapitalismus. Und so ist in einer Analyse der *Neuen Zürcher Zeitung* zu lesen: »Für Russlands ›Elite‹ ist die Ukraine ein Ausbeutungsobjekt, in dem sie ungehemmt plündern kann, ob Rohstoffe, Technik oder Getreide. Zusammen mit ukrainischem Getreide hätte Russland quasi eine Monopolstellung auf dem Weltmarkt erreicht.«²⁸ Wenig überraschend erwähnt Putin häufig Peter den Großen und Katharina die Große als seine großen Vorbilder – beide waren rücksichtslose Expansionisten.

Der Unterschied zwischen dem 18. beziehungsweise 19. Jahrhundert und dem 21. Jahrhundert besteht darin, dass territoriale Expansion nicht mehr mit wirtschaftlichem und militärischem Machtzuwachs gleichgesetzt werden kann. Zehntausende IT-Fachkräfte haben nach Ausbruch des Ukrainekrieges Russland verlassen – keine guten Nachrichten für die Modernisierung der russischen Streitkräfte, die in den kommenden Jahrzehnten stark auf computerunterstützte Kriegsführung setzen wollen. Die Tatsache, dass Putins zaristische Ambitionen sich also nicht

zwangsläufig mit den gesamtstaatlichen Interessen Russlands im 21. Jahrhundert decken, scheint für den Herrn des Kreml aber belanglos zu sein.

Wir dürfen uns also nicht in falscher Sicherheit wiegen, wenn gesamtstaatliche Interessen suggerieren, dass es wirtschaftlich unsinnig wäre, einen Krieg zu beginnen. Emotionen wie Furcht und persönliche Ambitionen, die leicht in *Hyrbis* münden können, sind mitunter genauso wichtige oder sogar noch wichtigere Auslöser für Krieg, vor allem in autokratischen Systemen ohne funktionierende Kontrollmechanismen. Ein besseres Verständnis für solche individuellen Kriegsgründe senkt das Risiko von politischen und militärischen Fehleinschätzungen. In diesem Sinne lohnt es sich, die Persönlichkeitsprofile von Xi Jinping, Kim Jong-un und anderen Autokraten und Diktatoren sehr genau zu studieren, um Beweggründe zu finden, warum sie sich in Zukunft für einen Griff zu den Waffen entscheiden könnten.

Derzeit hat aber ein wirtschaftspolitisches und gesamtstaatliches Verständnis von Krieg, das auf einem Kosten-Nutzen-Denken basiert, zur Folge, dass der Westen nach wie vor zu Fehlkalkulationen neigt: Die nächste militärische Überraschung scheint vorprogrammiert.